

## Mit Schlagkraft durch den stürmischen Herbst

Anlässlich der DBB NRW Hauptvorstandssitzung machte dessen Jugendorganisation auf die alarmierende Situation in der Nachwuchsgewinnung im öffentlichen Dienst aufmerksam.

Es ist bereits fünf nach zwölf und es müssen dringend Veränderungen erfolgen. Dazu gehören vor allem eine angemessene Vergütung und die garantierte Übernahme für den Nachwuchs. Der Hauptvorstand unterstützt diese bundesweite Aktion und schließt sich den Forderungen an.



Mitglieder des Hauptvorstandes mit Mitgliedern der dbb jugend nrw

© Christian Kratzsch/DBB NRW

Titel

## DBB NRW befürchtet personalwirtschaftlichen Kollaps

Hauptvorstandssitzung des DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion

Auf der Tagung des Hauptvorstandes des DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion am 15. November 2023 machte **Roland Staude** (Vorsitzender DBB NRW) in seinem Lagebericht deutlich, dass er angesichts der 26 000 Leerstellen in der Landesverwaltung Nordrhein-Westfalen einen personalwirtschaftlichen Kollaps befürchte.



Roland Staude

Die Anzahl der Leerstellen steigt weiter, so Staude. „Nur eine echte Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Dienstes kann hier entgegenwirken.“ Und

dies sei nicht nur mit weichen Faktoren zu erreichen. Dazu müsse die Landesregierung auch die notwendigen Haushaltsmittel bereitstellen.

### „Solidität vor Schnelligkeit“ gerät leider oft in den Hintergrund

Der Zukunftsvertrag der NRW-Landesregierung (Koalitionsvereinbarung) spricht von einer engen Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und Beschäftigten für eine Modernisierungsoffensive für den öffentlichen Dienst in NRW. „So weit die Theorie!“, so der DBB NRW Vorsitzende.

Pensionsfonds (Versorgungsrcht) und das Laufbahnrecht

würden nicht in einem dialogorientierten Verfahren, sondern in einem gesetzgeberischen auf den Weg gebracht. In der Arbeitsgruppe zur Modernisierungsoffensive solle hingegen auch über Arbeitszeit gesprochen werden. Das Vorhaben der Landesregierung zur Anhebung der Altersgrenze im Feuerwehrbereich erfolge wiederum im gesetzgeberischen Verfahren. Gleiches gelte für die Laufbahnverordnung. Auch diese Änderung soll im Rahmen eines gesetzgeberischen Verfahrens auf den Weg ge-

### 3 26 000 Leerstellen im öffentl. Dienst

Mehr Attraktivität statt Absenkung der Einstellungskriterien



### 4 Warnstreiks und Proteste

Impressionen von Aktionen in Nordrhein-Westfalen



### 6 Die Zukunft des öffentlichen Dienstes

Austausch mit Simon Rock (MdL), Bündnis 90/ Die Grünen





Landeshauptvorstand des DBB NRW

bracht werden. Stauder: „Die Dialogorientierung ist hier auf der Strecke geblieben. Um die Inhalte wird ein großes Geheimnis gemacht. Von einem einheitlichen Verfahren beziehungsweise ganzheitlichen Ansatz zum Dienstrecht sind wir Lichtjahre entfernt!“

**Ruhendstellung von Widersprüchen für das Jahr 2022**

Laut einer Anfrage im Landtag liegen im NRW-Finanzministerium bezogen auf das Jahr 2022 circa 85 000 Widersprüche vor. In einem Spitzengespräch des DBB NRW am 6. Juli 2023 gab es die Zusage, nach Berechnungen durch das NRW-Finanzministerium dem DBB NRW diese Berechnungen vorzulegen und zu erläutern. Das sei bis heute nicht geschehen, so Roland Stauder.

„Vielmehr mussten wir durch die Medien bzw. durch Beantwortungen von Anfragen entnehmen, dass es für 2022 aus Sicht des Finanzministeriums keine klärungsbedürftigen Rechtsfragen zur Verfassungs-

gemäßheit der Alimentation gäbe“, so Stauder weiter.

Ein generelles Ruhendstellen der Widersprüche gegen die Alimentation sei insoweit nicht angezeigt. Das würde bedeuten, dass demnächst Widerspruchsbescheide erlassen werden und dem DBB NRW die Möglichkeit von Musterklagen genommen werde.

Roland Stauder: „Dies wäre ein Affront gegen die Gewerkschaften und Verbände des öffentlichen Dienstes hier in NRW. Trotzdem haben wir uns entschieden, auch für 2023 wieder Musteranträge bzw. -widersprüche zur Verfügung zu stellen.“ Hier gebe es durch die Einführung des Bürgergeldes (Auswirkungen auf die Grundsicherung) eine verschärfte Situation.

**Nie wieder ist jetzt! – DBB NRW unterstützt Kampagne der Landesregierung**

Zu Beginn der Tagung machte Roland Stauder deutlich, dass es für ihn unerträglich sei, dass

Jüdinnen und Juden in Deutschland wieder Angst um ihre Sicherheit haben, dass sie ihren Glauben nicht immer offen zeigen können, ohne Sorge vor Anfeindungen und Angriffen zu haben. Deshalb habe sich der DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion an der Kampagne der Landesregierung „Nie wieder ist jetzt!“ beteiligt.

**Einkommensrunde der Länder**

Sandra van Heemskerck, stellvertretende Landes- und Bundesvorsitzende der komba Gewerkschaft und Mitglied der dbb Bundestarifkommission berichtete in Vertretung für Andreas Hemsing (Vorsitzender DBB NRW Tarifkommission) und stellvertretender Vorsitzender der dbb Bundestarifkommission) die aktuelle



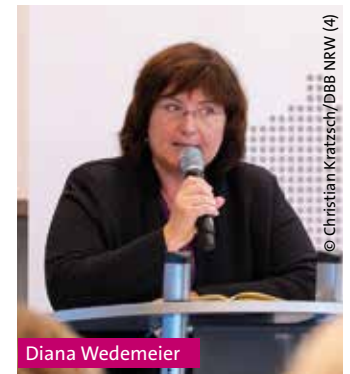
Sandra van Heemskerck

Situation bei der Einkommensrunde der Länder.

Nachdem auch die zweite Runde der Verhandlungen ergebnislos endete, haben die Beschäftigten ihre Protestaktionen und Warnstreiks ausge-

weitert. Für eine deutliche Einkommenshöhung hätten bereits Landesbeschäftigte in verschiedenen Städten hier in Nordrhein-Westfalen protestiert. Van Heemskerck rief alle Kolleginnen und Kollegen, ob Tarifbeschäftigte oder Beamte, dazu auf, sich an den Protestaktionen zu beteiligen. „Wir müssen die Menschen auf die Straße bringen und deutlich machen, dass die Forderungen des dbb beamtenbund und tarifunion mehr als berechtigt sind.“

Diana Wedemeier, die Vorsitzende der DBB NRW Frauenvertretung, berichtete über aktuelle Themen aus ihrer Tätigkeit. Berichte der DBB NRW



Diana Wedemeier

Seniorenvertretung und der dbb jugend nrw lagen schriftlich vor und wurden von den Mitgliedern zustimmend zur Kenntnis genommen.

Schließlich wurde noch der Gewerkschaftstag des DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion 2024 am 6./7. Mai 2024 in Neuss erörtert.

*Frohe Weihnachten*

Allen Leserinnen und Lesern wünschen der Vorstand des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen und die Redaktion des DBB NRW Magazins ein besinnliches Weihnachtsfest und alles Gute für 2024.

Die Landesgeschäftsstelle des DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion bleibt in der Zeit vom 27. bis zum 29. Dezember geschlossen. Ab dem 2. Januar 2024 stehen Ihnen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstelle wie gewohnt zur Verfügung.

Die nächste Ausgabe des DBB NRW Magazins erscheint als Doppelausgabe (Januar/Februar) Anfang Februar 2024.

# Mehr Attraktivität statt Absenkung der Einstellungskriterien

Landesverwaltung stellt Nachwuchs ein, der früher kaum Chancen hatte

Bereits seit Jahren verweist der DBB NRW auf die inzwischen auf über 26 000 angewachsenen Leerstellen im öffentlichen Dienst des Landes Nordrhein-Westfalen.

Laut einem Bericht des NRW-Finanzministers **Marcus Optendrenk** (CDU) an den Landtag muss die Landesverwaltung, um weiterhin Stellen besetzt zu bekommen, nahezu flächendeckend stärker auf Bewerber setzen, die noch vor ein paar Jahren kaum eine Chance auf Einstellung gehabt hätten. Die Rheinische Post berichtete ausführlich darüber.



© dbb beamtenbund und tarifunion

Bei den Dienstherrn reift diese Erkenntnis jedoch nur sehr langsam. Der öffentliche Dienst und das Berufsbeamtenamt besitzen anscheinend nicht mehr die Strahlkraft wie früher. Roland Staudé: „Bei den öffentlichen Arbeitgebern muss die Erkenntnis reifen, dass die Beschäftigten keine ‚Kostenstellen mit zwei Ohren‘ sind, sondern der Garant für die Funktionsfähigkeit des Staates.

Dazu gehört sicher ein angemessener Abschluss in der anstehenden Einkommensrunde.“

Bei den Einstellungskriterien sei es für den Beamtenbund außerordentlich wichtig, dass die qualitätssichernde Funktion des öffentlichen Dienstes auch bei der Auswahl der Auszubildenden ein entscheidender Faktor bleibe. ■

Viele in der Schulzeit erlangten Kompetenzen der Bewerberinnen und Bewerber können im Vergleich zu den Vorjahren als lückenhafter und niedriger eingeschätzt werden. Um den Personalbedarf dennoch zu decken, führt das zum geringfügigen Herabsetzen der an die im Einstellungsverfahren Bewerberinnen und Bewerber gestellten Anforderungen.

Der Bericht des NRW-Finanzministers an den Landtag belegt das Verhältnis ausgeschrieben zu besetzten Stellen: Demnach wurden von 16 348 zu vergebenden Positionen zum Stichtag 1. September nur 9 720 besetzt.

**Roland Staudé**, 1. Vorsitzender des DBB NRW, hierzu: „Die Differenz von fast 60 Prozent besetzter Stellen zu den ausge-

schriebenen Stellen ist ein deutliches Zeichen mangelnder Attraktivität des öffentlichen Dienstes.“ Hier müsse das Bedürfnis nach Work-Life-Balance, lebensphasengerechten Arbeitszeiten, Co-Working sowie Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Karriere stärker in den Fokus gerückt werden, um im Wettbewerb mit der Privatwirtschaft bestehen zu können.

## Warnstreiks und Proteste im öffentlichen Dienst der Länder ebbt nicht ab

Einkommensrunde im öffentlichen Dienst der Länder

Schluss mit den leeren Phrasen: Bundesweit gab und gibt es Protestaktionen und Demonstrationen.

Im Rheinland trugen beispielsweise Beschäftigte der Finanzverwaltungen, organisiert in der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG), ihren Protest auf die Straße. Sie forderten von der Landesregierung in Nordrhein-Westfalen, dass sie ihren Einfluss in der Tarifgemein-

schaft deutscher Länder (TdL) nutzt, um die Blockadehaltung gegenüber den berechtigten Forderungen der Beschäftigten zu lösen.

In der TdL sind alle Bundesländer außer Hessen organisiert. „Der Respekt für die Leistun-

gen der Kolleginnen und Kollegen muss auch in den Geldbeutel ankommen“, sagte dbb Tarifchef Volker Geyer bei der zentralen Kundgebung in Düsseldorf. Mit bundesweiten Warnstreiks setzte unter anderem auch die Deutsche Justizgewerkschaft ein starkes Zei-

chen für die aktuellen Forderungen in den Tarifverhandlungen mit der TdL. In NRW zeigte sich die DJG NRW in fünf Städten aktiv, wobei in Düsseldorf über 200 Teilnehmende dem Streikaufruf folgten und vor dem Justizministerium demonstrierten. ■



**dbb:  
wir.  
für euch.**

**10,5%  
500 Euro  
mindestens**



Foto: D&T | DBB NRW



Foto: Oliver Schaper | DBB NRW



Foto: Christian Kratzsch | DBB NRW



Foto: Christian Kratzsch | DBB NRW

Foto: Oliver



Foto: Friedhelm Windmüller | DBB NRW



Foto: Roberto Pfeil | DBB NRW



Foto: Christian Kratzsch | DBB NRW



Foto: Christian Kratzsch | DBB NRW



Foto: Christian Kratzsch | DBB NRW



Foto: Friedhelm



Foto: Friedhelm Windmüller | DBB NRW



Foto: Friedhelm Windmüller | DBB NRW



Foto: Christian Kratzsch | DBB NRW





Foto: DSTG | DBB NRW



Foto: Roberto Pfeil | DBB NRW



Foto: Oliver Schaper | DBB NRW



Schaper | DBB NRW



Foto: Christian Kratzsch | DBB NRW



Foto: Roberto Pfeil | DBB NRW



Foto: Christian Kratzsch | DBB NRW



Foto: Christian Kratzsch | DBB NRW



Foto: Friedrich Windmüller | DBB NRW



Foto: Christian Kratzsch | DBB NRW



Foto: Friedrich Windmüller | DBB NRW



Foto: Christian Kratzsch | DBB NRW

# Impressionen aus NRW



# Austausch mit Simon Rock (MdL) über die Zukunft des öffentlichen Dienstes in NRW

Roland Staude: offener Dialog mit der Politik unabdingbar

Am 21. November 2023 haben sich der 1. Vorsitzende des DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion, Roland Staude, sowie Erich Rettinghaus, stellvertretender Vorsitzender und Vorsitzender der DPolG NRW, mit dem haushalts- und finanzpolitischen Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen des Landtags NRW, Simon Rock (MdL), zu einem informellen Austausch getroffen.

Neben der aktuellen Tarifrunde waren u. a. auch die Modernisierungsoffensive für den öffentlichen Dienst, die Ruhendstellung von Widersprüchen/Anträgen auf eine amtsangemessene Alimentation, aber auch die beabsichtigte Anhe-

bung der Pensionsaltersgrenze für Beamtinnen und Beamten der Feuerwehren in NRW Gegenstand des Gesprächs.

„Gerade angesichts der Vielzahl der derzeit aktuellen Themen im Bereich des öffent-



Roland Staude, Simon Rock und Erich Rettinghaus (von links)

© Christian Kratsch/DBB NRW

lichen Diensts ist ein offener Dialog mit der Politik auch abseits von offiziellen Terminen unabdingbar, insbesondere wenn sie in so konstruktiver und angenehmer Atmosphäre

verlaufen“, betont Staude die Wichtigkeit solcher Zusammenkünfte, die auch für die Zukunft zwischen den Beteiligten fest verabredet wurden. ■

AGJ

## Arbeitsgemeinschaft Justiz tritt Präventionsnetzwerk „#sicherimDienst“ bei

Unterstützung von Justizminister Dr. Benjamin Limbach und dem Kölner Polizeipräsidenten Falk Schnabel

Die Arbeitsgemeinschaft Justiz (AGJ) unter dem Dach des DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion ist mit der Unterstützung von Justizminister Dr. Benjamin Limbach und dem Polizeipräsidenten von Köln, Falk Schnabel, dem Präventionsnetzwerk „#sicherimDienst“ beigetreten.

Für die AGJ NRW war es wichtig, dass der oberste Dienstherr der Justiz mit den Gewerk-

schaften und Verbänden ein gemeinsames Zeichen gegen Gewalt im öffentlichen Dienst

setzt. Gewalt ist leider auch im Bereich der Justiz ein ständiger Begleiter, sei es bei Übergriffen

in den Justizvollzugsanstalten, bei Beleidigungen und Bedrohungen in den Gerichten und den Staatsanwaltschaften oder auch die tätlichen Übergriffe auf Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher.



© DBB NRW

Von links stehend: Horst Butschinek (BSBD), Sebastian Siemko (DJG), Rainer van Wickeren (DAAV), Sandra Schmidt (BDR), André Niewöhner (#sicherimDienst), Frank Neuhaus (DGVB), Dr. Benjamin Limbach (Minister der Justiz), MR Rolf Nowack (JM), LMR Detlef Heinrich (JM); von links sitzend: Falk Schnabel (PP Köln) und Achim Hirtz (AGJ/DBB)

Besonderes Augenmerk legten die Gewerkschafter auf die Handlungsfrage: Wo beginnt Gewalt und wer definiert diese. Klare Antwort: Es gibt eine Nulltoleranzstrategie. Niemand muss sich bei der Ausübung seines Berufes, beleidigen, bedrohen oder tätlich angreifen lassen. Jede dieser Straftaten sollen zur Anzeige gebracht werden. AH

# Straftaten an Schulen

Informationsveranstaltung des DBB NRW Stadtverbandes Düsseldorf

Am 19. Oktober 2023 fand in der Aula des Lessing-Gymnasiums in Düsseldorf eine Veranstaltung für Lehrkräfte statt. Zunächst hielt der Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen, Herbert Reul, ein Videogrußwort, in dem er die Bedeutung der Lehrkräfte im Kampf gegen Jugendkriminalität betonte.

Danach informierten der Justiziar des Philologenverbandes Nordrhein-Westfalen (PhV), **Stefan Avenarius**, und die Polizeihauptkommissarin **Petra Reichling**, die zugleich stellvertretende Vorsitzende des DBB NRW Stadtverbandes ist, die Teilnehmenden über rechtliche Verpflichtungen und Möglichkeiten.



Stefan Avenarius und Petra Reichling

© DBB Düsseldorf

Den Referenten gelang ein lebhaftes Zusammenspiel zwischen rechtlichen Grundlagen und Praxisbeispielen. Die anschließende Diskussion runde-

te den Start dieses Fortbildungskonzeptes ab. Weitere Veranstaltungen sind gewünscht.

Die Idee zu dieser Veranstaltung hatte die AG Straftaten des DBB NRW Stadtverbandes Düsseldorf, die sich aus Vertre-

terinnen und Vertretern von den Verbänden PhV, Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Berufskollegs in NRW (vlbs), Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen in NRW (vlw) und der Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) zusammensetzt.

Die AG Straftaten sieht die Notwendigkeit, die Lehrkräfte zu unterstützen und zu stärken, um rechtssicher mit der zunehmenden Gewalt an den Schulen umgehen zu können. ■

# DBB NRW Kreisverband Wuppertal hat neuen Vorstand

Andreas Koppen als Vorsitzender bestätigt

Der DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion, Kreisverband Wuppertal, wählte auf seiner Kreisversammlung am 26. Oktober 2023 einen neuen Vorstand. Zuvor referierte das DBB NRW Vorstandsmitglied **Astrid Walter-Strietzel** über die aktuelle Lage im öffentlichen Dienst und zur Tarifrunde der Länder.

Danach führten die Delegierten der Kreisversammlung eine

lebhaft Diskussion über die Lage im öffentlichen Dienst.

Danach standen die Neuwahlen auf der Tagesordnung:

Gewählt zum Vorsitzenden wurde **Andreas Koppen** (komba).

**Jörg Beier** (komba) und **André Münchow** (DStG) sind zu seinen Stellvertretern gewählt worden. Zum Geschäftsführer wählten die Delegierten **Roland Ern** (DJG). Schatzmeisterin wurde **Sabine Rietze** (komba). Beisitzerinnen sind **Daria Abramov** (KOMBA), **Sandra Schmidt** (BDR) und **Micaela Süß** (DStG). Zur Seniorenbeauftragten wählten die Delegierten **Barbara Werner** (DPVKOM). Vervollständigt wird der Vorstand durch die Pressereferentin **Andrea Kosolowski** (komba). ■



© J. Beier

Daria Abramov, André Münchow, Micaela Süß, Barbara Werner, Andreas Koppen, Jörg Beier, Sandra Schmidt, Roland Ern, Sabine Rietze und Andrea Kosolowski (von links)

Herausgeber: DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion, Ernst-Gnoß-Straße 24, 40219 Düsseldorf. Roland Staude (1. Vorsitzender). **Telefon:** 0211.491583-0. **Telefax:** 0211.491583-10. **E-Mail:** redaktion@dbb-nrw.de. **Internet:** www.dbb-nrw.de.

**Chefredakteur:** Hans-Joachim Klein

**Redaktion:** Achim Hirtz, Marcus Michel

**Redaktionsschluss:** am 15. jeden Monats.

**Hinweis:** Die Beiträge, die mit dem Namen des Verfassers gezeichnet sind, stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers dar.

**Bezugsbedingungen:** Die Zeitschrift erscheint zehnmal jährlich. Der Abonnementspreis für Nichtmitglieder des DBB beträgt jährlich 15,90 Euro zuzüglich Postgebühren, der Bezugspreis für das Einzelheft 2,00 Euro, Bezug durch die Post. Einzelstücke durch den Verlag.

**Verlag:** DBB Verlag GmbH. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Verlagsort und Bestellschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.

**Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42-50, 47608 Geldern.

**Anzeigen:** DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Andrea Franzen, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. Preisliste 45, gültig ab 1.1.2023. **Ständige Beilage:** dbb magazin. ISSN 1438-2989

## Mehr Attraktivität durch Familienfreundlichkeit und materielle Sicherheit

### Gesamtvorstandssitzung des DBB NRW Kreisverbandes Gütersloh

Zur Sitzung des erweiterten Gesamtvorstands lud der Kreisverband Gütersloh in den historischen Wiedenbrücker Ratskeller ein. Die Einladung fand ein starkes Echo bei den Fachgewerkschaften.

Die Vorsitzende **Gabriele Bremke-Moenikes**, die auch stellvertretende Bürgermeisterin

(CDU) von Rheda-Wiedenbrück ist, teilt sich die Vorstandsarbeit mit der Stellvertreterin **Marianne Möllmann**, dem Kasenwart **Helmut Schulz** und dem Schriftführer **Klaus Giesmann**.

In ihrer Rede betonte Bremke-Moenikes zusammenfassend: „Der öffentliche Dienst der



Helmut Schulz, Marianne Möllmann, Klaus Geismann und Kreisvorsitzende Gabriele Bremke-Moenikes (von links)

Länder muss attraktiver werden angesichts des Fachkräftemangels.“ Allein in der Landesverwaltung NRW würden mehr als 20 000 Fachkräfte fehlen – mit steigender Tendenz. Das lasse sich nur an-

dern, wenn die Einkommensentwicklung nicht auf der Strecke bleibe. Finanzielle Anreize seien notwendig. Nur sie würden die Einkommen im öffentlichen Dienst wettbewerbsfähig halten. ■

## Hans-Joachim Klein: „Meine letzte Ausgabe“

### Der Chefredakteur der Homepage und des DBB NRW Magazins verabschiedet sich.

Nach 11 Jahren und 106 DBB NRW Magazinen, mit vielen Interviews mit den politischen Verantwortlichen in Nordrhein-Westfalen wird es nun Zeit, die Verantwortung in andere Hände zu geben. Besonders der Internetauftritt des DBB NRW (dbb.nrw.de) lag mir am Herzen: stets aktuell und mit einem ansprechenden Webdesign. Für die hervorragende Unterstützung und die kollegiale Zusammenarbeit mit dem Redaktionsteam des dbb, an der Spitze Norbert Spitzer, möchte ich mich ganz herzlich bedanken. Auch dem Team des Desktop-Publishing-Dienstes Franz Daten Service, mit dem ich gemeinsam die Ausgaben des DBB NRW Magazins Monat für Monat fertiggestellt habe, sage ich Danke! Schließlich danke ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der DBB NRW Geschäftsstelle und Roland Staude für die stets vertrauensvolle Zusammenarbeit. Mit Blick auf die künftige Öffentlichkeitsarbeit in den Print- und Onlinemedien bin ich mir sicher, dass diese in gute Hände übergeht und wünsche dem DBB NRW – nicht nur für diese Bereiche – weiterhin viel Erfolg.

Ihr Hans-Joachim Klein